Dringlichkeitsvorlage

AZ: 61.1 / Herr Heilmann

Drucksache Nr.: 1038/2013/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Planungs- und Umweltausschuss	06.07.2017	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	18.07.2017	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichtersteller:

OBM / Stadtbaurat

Verhandlungsgegenstand:

Programmantrag "Soziale Stadt" für das Quartier Buddestraße

Antrag:

Der Antragstellung zur Aufnahme des Gebietes zwischen Kieler Straße, Max-Johannsen-Brücke, Ilsahl und den Gleisanlagen Neumünster – Ascheberg (Quartier Buddestraße) in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:

2017 20.000,00 € (Eigenanteil) für vorbereitende Untersuchungen
2018 Ca. 20.000,00 € (Eigenanteil) für Sanierungsträger
ab 2019 Ca. 30.000,00 € (Eigenanteil) Vorbereitung erster Maßnahmen

In den Folgejahren wird der Aufwand für Maßnahmen auf ca. 5 – 10 Mio. Euro geschätzt, wovon die Stadt i. d. R. ein Drittel trägt.

Begründung:

Mit Schreiben vom 2. März 2017 hat das Innenministerium das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ neu ausgeschrieben und zur Interessenbekundung aufgefordert (siehe Anlage 1 - Programmausschreibung). Nach Prüfung im Hinblick auf Handlungsbedarfe, die den Anforderungen an das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ entsprechen und in Kenntnis des Sozialberichtes 2017 hat die Verwaltung mit Schreiben vom 5. Mai 2017 ihr Interesse auf Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ mit dem Gebiet „Quartier Buddestraße“ bekundet (siehe Anlage 2 - Interessenbekundung).

Für dieses Gebiet liegen bereits Unterlagen vor, die städtebauliche Missstände, wie erheblicher Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf an Gebäuden sowie Defizite in der Wohnumfeldgestaltung und an den Erschließungsanlagen feststellen.

Nachdem die zuständigen Mitarbeiterinnen im Städtebauförderungsreferat das o. g. Gebiet besichtigt haben, wurde mit Schreiben vom 26. Juni 2017 die Stadt Neumünster aufgefordert, einen Antrag zur Aufnahme in das Programm 2017 zu stellen.

Da die Antragsunterlagen bis zum 20.07.2017 vorliegen sollen, ist ausschließlich die Möglichkeit gegeben, in besonderer Dringlichkeit den Planungs- und Umweltausschuss zu informieren und die Ratsversammlung um Beschlussfassung zu bitten.

Die Durchführung der Sanierung im betroffenen Städtebauförderungsgebiet sollte i. d. R. nicht mehr als 15 Jahre dauern. Um eine umfassende Förderungswürdigkeit von Maßnahmen in dem Gebiet zu erhalten, sind die vorgegebenen Schritte nach dem Baugesetzbuch einzuhalten. Zunächst sind vorbereitende Untersuchungen für das Gebiet zu beschließen und durchzuführen. Dabei ist u. a. zu prüfen, ob eine Gemeinbedarfsanlage, wie Kindergarten oder Familienzentrum im Gebiet angesiedelt werden kann. Ferner sind Gespräche mit den Eigentümern der Wohngebäude zu führen, ob diese beabsichtigen, Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen ist eine Beschlussfassung über die Sanierungssatzung im umfassenden Verfahren für das Gebiet erforderlich. Danach können Planungen für investive Maßnahmen von der Stadt oder von Dritten eingeleitet werden. Diese sind dann der Selbstverwaltung zur Beschlussfassung vorzulegen. Des Weiteren besteht bereits in der Vorbereitungsphase die Möglichkeit, ein Quartiersmanagement einzurichten.

Insgesamt schätzt die Verwaltung den Bedarf an Finanzierungsmitteln in einer Spanne von 5 Mio. Euro bis 10 Mio. Euro, wovon die Stadt Neumünster i. d. R. ⅓ zu tragen hat.

Im Auftrage

Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Thorsten Kubiak
Stadtbaurat

Anlagen:

- 1 – Programmausschreibung
- 2 – Interessenbekundung